

Veränderungen kaum umgehbar

Das Machtspiel innerhalb der FBP geht weiter. Die vergangene Landtagssitzung hat erneut gezeigt, wie gespalten die Partei in der Zwischenzeit ist. Der Zwist wird offen ausgetragen.



Desirée Vogt
ParteiSekretärin

Es gibt nichts, was es nicht gibt. Und auch nach 20 Jahren Landtagserfahrung lernt man noch dazu. Diese Erfahrung musste in den vergangenen Tagen nicht nur, aber vor allem der FBP-Abgeordnete Johannes Kaiser machen, gegen den die eigenen Fraktionskollegen immer offensichtlicher vorgehen. Eins ist sicher: Die Luft im Landtag war zum Schneiden.

Der Ton war ja schon in den vergangenen Wochen scharf, doch was sich am Donnerstag ereignete, lässt keinen Zweifel mehr daran, dass sich die FBP in zwei Lager unterteilt hat. Einerseits Johannes Kaiser, der in den vergangenen Tagen einzig von seinem Kollegen Daniel Seger sowie den anderen Parteien Unterstützung erhielt, andererseits Regierungschef Adrian Hasler, dem es offensichtlich gelungen ist, mindestens Elfried Hasler, aber auch Fraktionssprecher Daniel Oehry, dazu zu bewegen, seine Anliegen kundzutun und Johannes Kaiser wenn nötig über den Mund zu fahren. So geschehen beispielsweise bei der Parlamentarischen Initiative zur Abänderung der Geschäftsordnung des Landtags und auch bei der Gesetzesinitiative zur Stärkung des



Die Gräben zwischen Johannes Kaiser (links) und Regierungschef Adrian Hasler scheinen immer tiefer zu werden – es haben sich zwei Lager innerhalb der FBP gebildet. Foto: Archiv

Informationsrechts des Landtags. Das Ganze gipfelte darin, dass ihn seine eigene Fraktion – ohne sein Wissen – nicht für die einzusetzende Besondere Landtagskommission (BLK) vorschlug, obwohl Johannes Kaiser die Gesetzesinitiative mit ausgearbeitet und sich das Know-how bereits angeeignet hat. Stattdessen wurde der stv. Abgeordnete Alexander Batliner (übrigens ein Gegner der Initiative) vorgeschlagen, der sich in der Zwischenzeit offenbar wieder besser

mit dem Regierungschef zu verstehen scheint. Johannes Kaiser scheint auf «Angriffe» solcher Art in der Zwischenzeit allerdings vorbereitet zu sein. Oder hat er dieses Szenario bereits vermutet? Blitzschnell reagierte er und stellte sich selbst zur Wahl. Und siegte damit in einem weiteren «Kampf» gegen den Regierungschef: Er wurde mit 17 Stimmen gewählt, hatte den Rückhalt im Landtag. Natürlich nicht von seiner eigenen Fraktion (ausgenommen Daniel Seger)



sowie Harry Quaderer (DU). Kaiser ist ein Parteiausschluss offenbar bereits im Herbst 2017 angedroht worden. Im Januar war dies erneut ein Thema, und er sagte damals gegenüber den Medien, dass er sein Mandat für die FBP ordentlich zu Ende führen werde. Nicht auszuschliessen, dass er das zwischenzeitlich anders sieht. Klar ist nach dieser Landtagssitzung: Weiter geht es so nicht. Veränderungen sind kaum mehr umgehbar. Wie diese aussehen, wird sich zeigen. ■

Erstaunliches

«Alle Bauten von landesweiter Bedeutung gehören ins Oberland»

Mit dieser Aussage dürfte der Unterländer FBP-Abgeordnete Elfried Hasler gestern nicht nur die Mehrheit der Landtags in Stauen versetzt haben.

Erwähnenswert

(K)ein Kampf für Rechte

Nicht zum ersten Mal glänzten Regierungsvertreter der FBP im Landtag mit Abwesenheit. Dass sie aber ausgerechnet dann fehlen, wenn es um ihre Rechte bzw. darum geht, ob sie künftig noch an der Aktuellen Stunde teilnehmen können, erstaunte dann nicht nur den tickenden Redaktor des «Liechtensteiner Vaterlands», sondern auch Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz, die sich fragte:

«Bezeichnend ist, dass der Regierungschef als Protagonist dieses Kampfes in diesem für die Regierung offenkundig sehr bedeutenden Anliegen von den zwei Kampfgefährten aus der eigenen Partei bereits verlassen worden ist. Haben diese eingedenk der inzwischen fortgeschrittenen Stunde den Kampf für ihre Rechte zugunsten des Feierabends bereits aufgegeben?»

Auf der Suche nach Kritik

«Hier werden Zahlen aus dem Hut gezaubert, um mögliche Kritikpunkte zu finden. Ich weiss nicht, inwieweit das parteipolitisches Geplänkel ist.»

Georg Kaufmann (FL) im Rahmen der Debatte um die Schulbautenstrategie

Satz der Woche

«Der Landtag kann alles»

Aufgeschnappt

Sinneswandel

Vor Jahren auf Gemeindeebene noch anders gesehen und bewertet, befürwortet die FBP-Abgeordnete Susanne Eberle-Strub heute wohnortsnahe Schulstandorte und kleinere Schulen. Besonders froh über diesen Sinneswandel zeigte sich gestern der VU-Abgeordnete Frank Konrad.

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt

Pünktlich zur Landtagsdebatte rund um die Schulraumplanung ist die Bildungsstatistik erschienen. Wobei pünktlich das falsche Wort ist, wie ein Blick auf die Homepage des Amts für Statistik zeigt.



Desirée Vogt
ParteiSekretärin

Üblicherweise ist die Ausgabe der Bildungsstatistik immer für Mitte März des Jahres vorgesehen. Man könnte nun darüber spekulieren, was der Grund dafür ist, dass es Regierungschef Adrian Hasler eilig mit der Veröffentlichung derselben hatte, die da aufzeigt, dass die Anzahl der Schulkinder rückläufig ist. Ob diese Eile damit zu tun hatte, den Gegnern der Schulraumplanung im Landtag und in der Bevölkerung Zündstoff zu liefern? Oder wollte er nur unter Beweis stellen, dass er die Steilvorlagen, welche ihm «Volksblatt»-Chefredaktorin Doris Quaderer in den vergangenen Tagen lieferte, zu nutzen weiss?

Weder aus der Bevölkerung noch aus den politischen Reihen von FBP, DU oder FL war vor der Landtagssitzung

grosser Widerstand in Bezug auf die von Bildungsministerin Dominique Gantenbein und Infrastrukturminister Daniel Risch gemeinsam erarbeitete Schulbautenstrategie zu spüren. Schürte das bei der FBP vielleicht Angst, dass der Koalitionspartner einen Erfolg verbuchen und ein rund 20-jähriges Problem lösen könnte? Schliesslich haben Bildungs- und Infrastrukturminister der FBP in all den Jahren bildungspolitisch nichts zustande gebracht. Musste Sand ins Getriebe gestreut werden, weil die Diskussion rund um die Schulbautenstrategie einfach zu rund lief und läuft? Musste fieberhaft nach einem Grund gesucht werden, die Schulbautenstrategie grundsätzlich zu hinterfragen? Könnte die Hoffnung mitgespielt haben, dass die rückläufigen Schülerzahlen – die Bildungsstatistik zeigt es schwarz auf weiss – vielleicht dem einen oder anderen in der Bevölkerung, aber vielleicht auch im Landtag, ja doch noch Bauch-

schmerzen bereiten und neue Bauten oder Provisorien, vor allem aber das SZU II, hinterfragt werden?

Bildungsministerin Dominique Gantenbein hat der Bevölkerungsentwicklung sowie den Geburten- und Schülerzahlen im Bericht und Antrag rund sieben Seiten gewidmet und zu keinem Zeitpunkt ein Geheimnis darum gemacht, «dass über die nächsten 10 bis 15 Jahre in Liechtenstein die Anzahl Schüler in etwa konstant bleibt». Insofern hätte ihr, sofern die etwas zu frühe Veröffentlichung der Bildungsstatistik denn Absicht gewesen wäre, ohnehin kein Vorwurf gemacht werden können. Ihr ging und geht es aber um eine grundsätzliche bildungspolitische Weichenstellung. Betroffen von der Schulraumplanung ist nämlich nicht nur das viel diskutierte SZU II bzw. dessen Notwendigkeit, sondern neben der Sportschule auch das Schulzentrum Unterland I, das Mühleholzareal, das Schulge-

bäude Giessen in Vaduz sowie die Realschule Schaan. Zu berücksichtigen gilt zudem, dass zwei Schulstandorte in der Zukunft aufgelöst werden sollen. Zahlreiche weitere Aspekte wurden ebenfalls berücksichtigt und sind für die liechtensteinische Schullandschaft bedeutsam.

«Volksblatt»-Chefredaktorin Doris Quaderer mag ein nüchterner Blick auf die Schülerzahlen genügen, um zu wissen, wie eine zukunftsgerichtete Schulraumplanung aussehen soll. Sollte die Bildungsstatistik diesen oberflächlichen Blick etwa zementieren? Glücklicherweise blicken die Bildungsministerin und der Infrastrukturminister aber nach dem Motto «Qualität vor Quantität» über den Tellerrand hinaus und lassen sich auf ihrem Weg des Gestaltens zum Wohle der Bildungslandschaft nicht irritieren. Verwaltet wurde genug. Dass der Landtag dies auch so sieht, spricht für sich.